

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3
Telefon: Dönhoff 282-281
Zell.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindendstraße 3
Telefon: Dönhoff 282-281

Der Helfer auf der Polizei.

Der Schutzengel der Münchener Fememörder.

Im Gemeindefuß des Reichstags lehte heute Genosse Paul Levi den Bericht über die Femefälle fort, die mit den bayerischen Einwohnern zusammenhängen. Zum Fall Sandmeyer machte er noch folgende Feststellungen:

1. Bei der Ermittlung der Identität der Personen, die am 5. Oktober nach der Sandmeyer Erkundigungen eingezogen hat, ist eine große Ähnlichkeit mit Schweikart festgestellt worden.

2. Der Paß für Schweikart wurde für die Dauer eines Monats ausgestellt für Norditalien, der Zweck der Reise ist nicht vorgetragen, auch nicht festgestellt worden.

3. Die Bezahlung des Autos wurde am 22. März 1921 durch Oberleutnant Braun vorgenommen. Zusammenfassend erklärt der Berichterstatter, nach dem Inhalt der Akten,

nach der Auffassung der Polizeibeamten und auch der Staatsanwaltschaft besteht der dringende Verdacht, daß die Sandmeyer unter der Vorpiegelung, daß man ohne sie das Waffenlager nicht finden könne, in das Auto gelockt und dann erdroffelt worden ist.

Der Berichterstatter wendet sich dann dem

Fall Dobner.

zu. Dobner war Reichswehrsoldat, er ist, wie wir es im „Vorwärts“ bereits ausführlich dargestellt haben, gleichfalls in ein Auto gelockt worden, das in Richtung Schleißheim davonfuhr. Um 10 Uhr ist Dobner mit blutüberströmtem Kopf nach München zurückgekehrt. Er erklärte, er sei im Auto mit Totschlägern behandelt worden, dann habe man ihm einen Strick um den Hals gelegt; der Erdröselung sei er nur dadurch entgangen, daß er einen Finger zwischen den Strick und seinen Hals legte und dann den Strick durchbiß. Es gelang ihm schließlich, aus dem Auto zu springen, er ließ sich von einem Bauern verbinden und kehrte dann nach München zurück. Nach elf Tage nach diesem Vorfall waren die Merkmale von Wunden und eine Strangulation festgestellt. Mehrere Zeugen, die vor der Autofahrt mit Dobner zusammen waren, haben gesehen, wie Dobner mit mehreren „besseren“ Herren ins Auto stieg und dann davon fuhr. In der Nacht kehrte er zurück, klopfte an die Wohnungstür des einen Zeugen an, und als er hineingelassen wurde, erzählte er in großer Aufregung: „Ich bin unter die Mörder gefallen!“ Die Zeugen haben gesehen, daß Dobner am Kopfe Wunden hatte und am Halse Strangulationsmale trug. Er berichtete, daß man im Auto mit Totschlägern über ihn hergefallen sei, man habe ihn zu erdroffeln versucht, es sei ihm aber gelungen, aus dem Auto zu springen und zu entkommen. Als man ihm sagte, er solle den Fall zur Anzeige bringen, erklärte er: „Das mache ich schon!“ Bei den Ermittlungen ist festgestellt worden, daß

am Steuer des Autos der Student Reunzert

gefahren hat, im Wagen befanden sich Schuster und Berthold. Schuster hat später ausgesagt, daß Dobner ein Waffenlager zeigen wollte. Zu diesem Zwecke habe man ihn im Auto mitgenommen. Unterwegs habe Dobner davon geredet, daß er das Waffenlager wieder der Entente zeigen wolle, darüber sei Schuster so in Erregung geraten, daß er auf Dobner erst mit der Faust, dann mit einem Stock eingeschlagen habe, den er im Auto gefunden hatte. Auch Berthold habe dann auf Dobner eingeschlagen. Als dann Dobner aus dem Auto gesprungen war, seien sie wieder nach München zurückgefahren. Eine Tätungsabsicht habe nicht vorgelegen, was schon daraus hervorgehe, daß Schuster seinen Revolver, den er bei sich hatte, gar nicht vorgezogen habe. Man wollte dem Dobner angeblich nur einen Denzettel verabreichen. Heiterkeit erregte es im Auspruch, als aus den Aussagen Schusters verlesen wird, sie hätten einen gewaltigen Schreck bekommen, wie Dobner aus dem Wagen gesprungen war, denn es konnte ihm da etwas Unangenehmes passiert sein. Berthold hat ähnliche Aussagen gemacht. Auch er will über die Redereien Dobners in Erregung geraten sein. Daraufhin habe er auf ihn eingeschlagen.

Aus den weiteren Zeugenaussagen, die Dr. Levi vortrug, ist noch die des Leutnants und Tattierfallbesizers Böhm zu erwähnen. Er hatte Braucher (Pracher), der als Dolmetscher bei der Ententekommission in München war, durch den Polizeisekretär Glaser kennen gelernt. Infolge seiner guten Vermögensverhältnisse sei er in der Lage gewesen, gute Provisionen für Waffenverräter zu bezahlen, wenn die Waffen dadurch dem Vaterlande erhalten blieben. Das habe er auch dem Glaser gesagt. Dem Braucher gegenüber hätte er sich deshalb unter dem falschen Namen Polkinger vorgestellt, weil er als Mann der Gesellschaft mit einem Braucher nichts zu tun haben wollte. Böhm hat dann weiter die Vorgänge bis zur Abfahrt des Berthold von Schuster mit Dobner geschildert. Am anderen Tag habe Böhm sich beim Polizeisekretär Glaser nach seinem Auto erkundigt, da es noch nicht zurück gewesen sei. Braucher war auch da und sei sehr besorgt um Dobner gewesen, von dem er sagte, dem sei etwas passiert. Böhm habe ihm daraufhin noch einmal 1000 Mark gegeben. Reunzert, der das Auto geführt hatte, will von dem Ueberfall auf Dobner im Auto nichts bemerkt haben, da er auf seinen Wagen habe achten müssen.

Am 21. Oktober 1920 bekam Pracher Angst und wendte sich an den USR-Abgeordneten Gareis. Ihm sagte er, der Nordanschlag sei nicht von Böhm organisiert, sondern

mit Wissen und Willen des Polizeikommissars Glaser.

Das schien Gareis so unglaublich, daß er auf diese Angabe hin erklärte, nichts unternehmen zu können. Pracher erklärte sich nun bereit, den Beweis für die Richtigkeit seiner Behauptungen zu führen, und zwar wollte er durch telephonischen Anruf an Glaser mit dem Decknamen Seyfried unter der vereinbarten Geheimnummer ein Gespräch führen, das Gareis den gewünschten Beweis liefern sollte. Der Abgeordnete Gareis hat am 5. Ok-

ttober 1920 dieses Telefongespräch, das am 21. Oktober stattgefunden hat, folgendermaßen geschildert:

Pracher: Was ist mit Dobner?

Stimme am Telefon: Den suchen wir noch, die vier anderen arbeiten jetzt für uns, sie werden ihn bringen.

Pracher: Ich bin in Sorge, solange Dobner noch lebt.

Stimme am Telefon: Er wird auch weiter leben, aber schweigen, weil er so viel Dreck am Stecken hat.

Pracher: Und die andere Sache?

Glaser: Möglichst Mittwoch früh. Kommen Sie recht bald.

Daraufhin hat der Abg. Gareis den Landtagsabgeordneten Timm (SPD.) verständigt. Auch Timm schenkte zunächst Pracher keinen Glauben und wollte erst durch ein Telefongespräch überzeugt werden. Es fanden nun am 28. Oktober 1920 drei Telefongespräche mit Glaser statt, und zwar an einem Apparat mit zwei Nebenstellen, an deren einer Abg. Timm, an der anderen Rechtsanwalt Werner die Gespräche mit anhörten. Erstes Gespräch 8 Uhr 54 Minuten.

Anruf.

„Hier Polizeidirektion.“

Pracher: „Nebenstelle 94.“

Pracher: „Samohl.“ — „Polizeidirektion VII.“ — Pracher: „Ist das Nebenstelle 94? Kann ich vielleicht Herrn Glaser sprechen?“

„Am Moment. Ich werde Sie mal verbinden. Er ist momentan nicht hier im Bureau.“ — „Das Gespräch bitte auf Nebenstelle 3.“ — „Bitte?“ — Pracher: „Ist Herr Seyfried (Deckname für Glaser) da?“ — „Wer ist da?“ — Pracher: „R. 55.“ — „Ja, er ist noch nicht da, er wird vielleicht in einer halben Stunde kommen.“

Zweites Gespräch 9 Uhr 30 Minuten. Einleitung wie vorher bis Verbindung mit Nebenstelle 3.

Pracher: „Ist Herr Glaser jetzt da?“ — „Einen Moment mal.“

„Ja, Glaser ist hier.“ Pracher: „Wissen Sie von Dobner?“ — „Wir suchen ihn, er ist nicht zu erwischen, der Kerl.“

Pracher: „Ich will Ihnen sagen, Herr Glaser, der Mann war ja so gefährlich, viel schlimmer, wie Sie denken. Ich habe mir nicht helfen können. Ich habe ihn vorläufig beiseite gemacht. Ich habe Provision bezahlt.“

„Die Sache spreche ich mit Ihnen dann persönlich durch.“

Pracher: „Kommt Herr Zeller heraus?“ — „Die Sucherei nach Dobner können Sie ruhig aufgeben.“

„Da kommen Sie dann.“

Drittes Gespräch 9 Uhr 50 Minuten. Einleitung wie zuvor.

Pracher: „Herr Glaser, also um 1/11 Uhr kann ich bestimmt da sein. Hören Sie mal: Wissen Sie mal, ich meine da wegen Dobner. Ich habe ihn sozusagen beiseite machen lassen. Mir passiert doch nichts? Sie geben mir doch Sicherheit wegen Dobner? Ich habe ihn doch beiseite gemacht.“

„Ich verstehe nichts.“

Pracher: „Ich meine, Sie wissen doch, ich habe Dobner sozusagen indirekt beiseite gemacht. Ich habe doch Sicherheit von Ihnen?“

„Aber doch selbstverständlich, das wissen Sie doch ganz genau.“

Pracher: „Es war ja nicht so schlimm, nicht direkt, aber indirekt. Sie geben mir doch Sicherheit?“

„Das wissen Sie doch ganz genau. Ich habe Ihnen doch so viele Beweise schon geliefert. Darüber ist doch nichts zu reden.“ (Abg. Timm hat noch gehört: Ein Mann ein Wort.)

Pracher: „Ist Herr Zeller noch da?“ — „Herr Zeller ist nicht da, soll er kommen?“

Pracher: „Also, wie gesagt, ich habe Sicherheit.“

„Aber selbstverständlich.“

Pracher: „Gut.“

Auf dieses Gespräch zwischen Pracher und Glaser hin ist dann die parlamentarische Aktion im bayerischen Landtag eingeleitet worden. Die einzige Folge dieses Gesprächs war, daß Rechtsanwalt Werner, der das Gespräch am Telefon mittelegraphisch hatte, wegen unwahrhaftigen Verhaltens gegenüber Behörden eine Disziplinarstrafe bekam und daß diese Disziplinarstrafe vom Ehrengerichtshof in Leipzig bestätigt wurde.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Freising wurden Schuster und Berthold nach § 223 (Reichsstrafgesetzbuch)

wegen schwerer Körperverletzung zu je 150 Mark und wegen Bedrohung zu je 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Aus der Begründung des Urteils ist noch hervorzuheben: Dobner habe einen Mordversuch behauptet, die Anklage laute aber Körperverletzung. Es sei deshalb die Zuständigkeit des Schöffengerichts zu prüfen auf Grund der Bekundung des Dobner. Das Gericht kam aber zu der Ueberzeugung, daß Dobner unglaubwürdig, die Angeklagten aber als glaubwürdig zu erachten seien. Der Mordversuch wurde deshalb als erlunnen angenommen. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden. Den Angeklagten wurden mildernde Umstände zugestanden, da sie aus Gründen gehandelt hätten, die jeden rechtlich gesunden vaterländischen Mann zur Ehre gereichen, da sie die Waffen dem Vaterland erhalten wollten.

Dr. Levi geht nun zu dem

Mord an den Kellner Hartung

über. Hartung war von dem Leiter der Ortschaft in Halle an der Saale an die Einwohnerversammlung nach München empfohlen worden und kam am 10. Februar 1921 zu Oberleutnant Braun. Braun hat bei seiner Vernehmung angegeben, er habe sich infolge seiner Stellung auch mit der Unterbringung von arbeitslosen Personen befaßt, deshalb sei Hartung an ihn verwiesen worden.

Der Berichterstatter gibt auf Grund der Aussage Brauns ein ausführliches Bild von den wiederholten Besuchen Hartungs bei ihm, wobei Hartung wiederholt von ihm Geld forderte und erhalten hat. Als Braun ihm bei der letzten Unterredung am 2. März nichts geben wollte, stieß Hartung die Drohung aus: „Herr Oberleutnant, ich weiß sehr viel, fürchten Sie nichts?“ Braun habe Hartung daraufhin hinausgeworfen,

Mussolinis neueste Heldentat.

Wer nicht faschistisch sein will, wird ermittelt. — Die Tragödie von Molinella.

Die vom Sekretariat der Sozialistischen Arbeiterinternationale herausgegebene „Internationale Information“ schreibt uns:

Gegenüber der brutalen Gewalt der Faschisten ist im allgemeinen für den Moment die wortlose Unterwerfung die zweckentsprechendste Taktik. So haben sich Zehntausende von Arbeitern der Zwangsmitgliedschaft bei den faschistischen Gewerkschaften unterworfen. Aber es wäre ein arger Fehlschluß, wenn man glauben wollte, daß das, was unter dem Zwang der Erpressung geschehen, ihre Ueberzeugung von der Notwendigkeit des sozialistischen Klassenkampfes beeinträchtigt hätte. Das wird in den Fällen sichtbar, wo der bewusste Widerstand gegen den faschistischen Terror in Erscheinung tritt. Wenn dieser Widerstand auch im Augenblick praktisch aussichtslos ist, so wirkt er doch wie ein helles Flammenzeichen der Empörung der Arbeiterklasse in Italien, das weit über die Grenzen des Landes hinaus Zeugnis ablegt von der wahren Lage und den wahren Gefühlen des italienischen Proletariats.

Wie überall in Italien, haben die Faschisten auch in Molinella mit allen Mitteln des Terrors den Austritt aus den freien Gewerkschaften und den Eintritt in die faschistischen Gewerkschaften zu erzwingen versucht. In ihrem Zirkulare vom 27. Juni hieß es wörtlich: „Kein Arbeiter wird zur Arbeit zugelassen werden, wenn er nicht die Mitgliedskarte der faschistischen Gewerkschaft besitzt.“

Als diese Drohung mit der Hungerpeinische nichts nützte und die Arbeiterschaft von Molinella ihrer Gewerkschaft treu blieb, löste der Präfekt von Bologna die freie Gewerkschaft, der 539 und 461 Arbeiterinnen angehörten, einfach auf. Aber auch durch diese Gewalttat wurde die Arbeiterschaft in Molinella nicht gebeugt. Und so erfannen die Faschisten ein neues, das grausamste Mittel der Verfolgung. Mehr als 200 Familien von Landarbeitern in Molinella, die ihren Gewerkschaften treu geblieben, sollen von Haus und Hof vertrieben werden. Die „Kündigung“ ist schon erfolgt und am 29. September — dem Tag, mit dem die Jahresmiete dort beginnt — soll die gewaltsame Delogierung durch die Faschisten vorgenommen werden. Die Besitzer der Häuser wurden von den Faschisten gezwungen, die Kündigung auszusprechen, obwohl es sich zum Teil um Familien handelt, die viele Jahrzehnte in der gleichen Wohnung gewohnt hatten. Der Vorwand der Faschisten ist, daß man Platz schaffen müsse für Arbeiter, die den faschistischen Gewerkschaften angehören.

Eine Orgie der Rohheit und Gemeinheit ist für den 29. September in Molinella geplant. Die Verreibung der Arbeiterfamilien aus ihren Wohnstätten soll zu einer großen Schauveranstaltung der Macht des Faschismus werden und den von dem berühmten Faschistenhüuptling Augusto Regazzi importierten Lohndrücker zum Bewußtsein bringen, welches Schicksal ihrer harri, wenn sie sich nicht vollständig als willenlose Sklaven verhalten.

Die geplanten Delogierungen in Molinella haben auch auf die Möglichkeiten gesetzmäßiger Intervention durch Advokaten in Italien ein grelles Licht geworfen.

Da es unmöglich war, für die vielen hunderte Einzelfälle auf gerichtlichem Wege etwas auszurichten — wobei übrigens nicht viel Hoffnung auf Erfolg vorhanden gewesen wäre —, begab sich der Advokat Mario Bergamo am 3. September auf die Präfektur von Bologna, um den Herrn Präfekten zu fragen, ob er nicht glaube, in Anbetracht der Wichtigkeit und Schwere des Falles intervenieren zu müssen. Der Advokat stützte sich dabei auf die gesetzlichen Normen für die Ausführungen der Delogierungen und wollte jene Dokumente übermitteln, die dargetun, daß die Vermieter nicht aus eigenem Antrieb, sondern bloß unter dem Zwang von anderer Seite zur Kündigung geschritten sind. Das ging vor allem unzweideutig aus jenen von den Hausbesitzern bereits unterschriebenen Dokumenten hervor, in denen der Mietvertrag für das nächste Jahr schon erneuert wurde.

Für das Einschreiten der Gerichtsbehörde ist ein Verlangen der Präfektur in solchen Fällen nötig. Aber die Präfektur war keineswegs geneigt, den Gesetzen zu entsprechen und das kam folgendermaßen. Als der Advokat Mario Bergamo auf die Präfektur kam, war der Präfekt, der General de Vita, unerwarteterweise abwesend. Er wurde vom Unterpräfekten Bellini empfangen, welcher versprach, die Angelegenheit ohne weiteres dem Präfekten zu unterbreiten. Am folgenden Tag aber ließ der Präfekt dem Advokaten durch den Unterpräfekten antworten, daß die Angelegenheit betreffend die Räumungen ausschließlich und persönlich vom Präfekten behandelt werden und daß „er in keiner Weise die Absicht habe, politischen Vertretern der Opposition eine Audienz zu gewähren“. Der Advokat Mario Bergamo hat nämlich das Ansehen, auch Mitglied des Parlaments zu sein und obwohl er sich bei der Präfektur nur in seiner Eigenschaft als Bürger und als Advokat vorgestellt hatte und von seiner politischen Funktion keine Rede war, wurde diese als Vorwand benutzt, um ihm die Durchführung seiner Betätigung als Advokat unmöglich zu machen. Bergoglio betonte der Advokat der mit der Delogierung bedrohten Arbeiter immer wieder, daß es sich um die Aufdeckung schwerwiegender Fälle von

Erpressung handle und er dem Präfekten Dokumente vorzulegen wünsche, von denen er sonst keine Kenntnis erlangen kann. Alles vergeblich. Es war ihm verwehrt, seiner Amtspflicht zu genügen und man wird vielleicht nur über eines erstaunt sein, daß es nämlich doch dem Advokaten Bergamo noch möglich war, die Präfektur freien Fußes zu verlassen.

Klassenkampf bei den Deutschnationalen.

„Gebt euren Ständesdünkel auf!“

Auf dem Parteitag der Deutschnationalen Bayerns in Hof hat, nach dem ausführlichen Bericht der deutschnationalen „München-Mugsburger Abendzeitung“, der Führer des deutschnationalen Arbeiterbundes, der preußische Landtagsabgeordnete Wilhelm Lindner, eine erstaunliche Rede gehalten. Lindner führte aus:

„Wir wollen die deutsche Arbeiterschaft dahin bringen, daß sie sich auf den Boden der gegenwärtigen Ordnung stellt. Es gab eine Zeit, wo die Mehrzahl der deutschen Arbeiter glaubte, das Heil bei der Sozialdemokratie suchen zu müssen. Aber es sei eine starke Ernüchterung eingetreten gegenüber der Ideologie des Marxismus. Auch habe man darauf verzichtet, einen nationalen Marxismus, etwa unter völkischer Flagge aufzuziehen. Aber man habe gleichzeitig den bürgerlichen Klassen vorgehalten: Gebt euren Ständesdünkel auf, wenn wir mit euch zusammenarbeiten sollen. Die Privilegien des Geldsacks und der Geburt müssen überwunden sein. Wenn dies der Revolution nicht gelungen sei, so müsse es der deutschnationalen Erziehungsarbeit gelingen.“

Wenn die deutschnationalen Regie Leuten wie Lindner das Reden erlaubt, so geschieht das, weil diese junkerlich-großbürgerliche Partei keine Ahnung von der deutschen Arbeiterschaft hat und weil sie glaubt, durch das Herausstellen solcher Redner Arbeiterwähler fangen zu können. Sie begreift nicht die Lächerlichkeit der Situation, in die sie sich begibt, wenn sie, die gegen den „marxistischen Klassenkampf“ eifert, auf ihren Parteitag die allerklarste Klassenkampfpromaganda stürmisch beflusst.

In welcher Partei gibt es mehr „Standesdünkel der bürgerlichen Klassen“, von welcher werden „die Privilegien des Geldsacks und der Geburt“ lebhafter verteidigt als von der Partei der Westarp und Schulenburg, der Hugenberg und Golt? Und dieser Partei weist Herr Lindner die Aufgabe zu, durch Ueberwindung der Privilegien des Geldsacks und der Geburt das Werk der Revolution zu vollenden?

Die Arbeiter ziehen aus Reden wie der des Herrn Lindner ganz andere Schlüsse. Sie sagen sich: Wie stark muß die Stellung der Sozialdemokratie sein, wenn selbst sogenannte „deutschnationalen Arbeiterführer“ genötigt sind, der sozialdemokratischen Ideologie solche Konzessionen zu machen! Sie werden höhnlachend über den Arbeiterwindel der deutschnationalen Parteitage zur Tagesordnung übergehen und nur noch fester zu ihrer Partei stehen.

Staatsanwalt Pelker.

Was er unter Eid verschwiegen.

Schon im Hofe-Untersuchungsausschuß hat das Vorgehen des früheren Staatsanwaltsrates, jetzigen Landgerichtsrates Dr. Pelker den übelsten Eindruck gemacht. Mit den Stimmen der Rechtsparteien wurde eine Feststellung angenommen, die diesem Herrn einen schweren Tadel aussprach.

Jetzt, in der Berufungsverhandlung des Prozesses Ruffmann-Knoll, hat Herr Pelker zugestehen müssen, an der Aktenverschiebung beteiligt zu sein. Er ist in einem öffentlichen Lokal in der Turmstraße mit dem deutschnationalen Spionageagenten Knoll zusammengetroffen, hat ihm aus seinen Akten ein wichtiges Dokument gezeigt mit

der Bemerkung: „Der Inhalt wäre für Sie von höchster Wichtigkeit, aber ich darf es Ihnen natürlich nicht geben.“ Dann hat sich Pelker, wie Knoll ausfragt, mit „vielsagendem Lächeln“ auf die Toilette begeben, worauf Knoll das Dokument an sich nahm. Zurückgekehrt überzeugte sich Pelker, daß das Dokument nicht mehr vorhanden war und entfernte sich mit zufriedener Kopfnicken. Dem Untersuchungsausschuß des Reichstags hat Pelker das gleiche Dokument verweigert.

Dieser Vorgang allein müßte zum Einschreiten gegen den jetzigen Richter Pelker Anlaß geben. Aber es kommt noch etwas weiteres hinzu: In der ersten Instanz des Ruffmann-Knoll-Prozesses wurde Pelker unter Eid als Zeuge vernommen und hat Einzelheiten dieser Vorgänge sorgsam verschwiegen! Sein Geständnis in zweiter Instanz war keineswegs freiwillig. Wie wir bis ins kleinste beweisen können, wurde nach dem freisprechenden Urteil der ersten Instanz von einer uns naheliegender Seite der Staatsanwaltschaft ein Material, bestehend aus Urkunden und Zeugenaussagen, zur Verfügung gestellt, woraus die Pelker-Knoll-Angelegenheit genau so hervorging, wie sie jetzt von den beiden Beteiligten eingestanden worden ist.

Der Eid verpflichtet bekanntlich den Zeugen, nicht nur die reine Wahrheit zu sagen, sondern auch nichts zu verschweigen. Pelker, der dies als Staatsanwalt besser als irgendein anderer weiß, hat verschwiegen, hat mit voller Absicht die Einzelheiten der Aktenverschiebung verschwiegen, die ihn in der Sache belasten konnten.

Wird jetzt gegen Herrn Pelker ein Verfahren wegen Verletzung der Eidespflicht eingeleitet werden? Ein gewöhnlicher Sterblicher, der sich solcher Verschweigung schuldig gemacht hätte, wäre nach unserer Kenntnis der richterlichen Gepflogenheiten vom Fleck weg verhaftet worden. Warum wird bei Pelker eine Ausnahme gemacht und ihm auch noch gerichtlich attestiert, daß seine jetzige Nichtvereidigung kein Urteil gegen seine Glaubwürdigkeit enthalte?

Die Volkspartei an die Deutschnationalen.

Legt eure Presse an die Leine!

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ zitiert aus der parteiamtlichen Zeitschrift der Deutschnationalen Thüringens einen Aufsatz des dortigen deutschnationalen Führers Dr. Schneider, in dem es heißt:

Besetzt hat, seit Gens steht das wohl fest, der Geist der anderen. Nicht über den Vernichtungswillen der Feinde und ihr Teufelswerk, wohl aber über das deutsche Volk und seinen Genius. Besetzt hat der Händlergeist über den Heilenseit, gesiegt haben Speichertum und Bequemlichkeit über Zähigkeit und Opfermut, gesiegt haben Wünsche über die Erkenntnis, gesiegt hat die Eitelkeit über den Stolz und das Wort über die Tat. Besetzt in freiwillig-erzwingender Bindung, vor jeder Bewegungsfreiheit für die Zukunft, seiner geschichtlichen Aufgabe entseidigt, ein Spielball nur noch für den Scharfsinn von Juristen, so wird das deutsche Volk die Früchte dieses „Siegess“ ernten.

Das Organ der Volkspartei reißt an diese Geistesblüte zahlreiche andere, um dann dazu auszuführen, Graf Westarp sei im Irrtum, wenn er glaube, der Parteitag der Volkspartei könne die Deutschnationalen in die Regierung hereinziehen. Westarp brauche nur die Hugenberg-Presse und die ihr verwandte Provinzpresse lesen, um zu erkennen, wo die Hindernisse liegen. Schließlich sagt es:

Graf Westarp wird sich über eins im klaren sein müssen: Wenn die deutschnationalen Provinzpresse fortfährt, in dem angeschlagenen gehässigen Tone die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik zu bekämpfen, dann dürfte es der deutschnationalen Reichstagsfraktion überhaupt unmöglich werden, jemals die Zustimmung des Zentrums und der Demokraten für eine Regierungskoalition mit den

Deutschnationalen zu gewinnen, selbst dann, wenn die Deutsche Volkspartei darüber hinwegsehen sollte. Die nächste Aufgabe der verantwortlichen deutschnationalen Parteinstanzen scheint uns die zu sein, mäßigend auf ihre aufgeregten Parteielemente im Lande einzuwirken.

Da die Deutschnationalen um jeden Preis in die Regierung wollen, wird ihnen nichts anderes übrig bleiben, als sich diesen Bedingungen zu fügen. Für die deutschnationalen Presse heißt es also: Schön machen und Pföfchen geben!

Der Stadtbankskandal von Halle.

Segen deutschnationaler Wirtschaft.

Die Stadt Halle muß jetzt eine teure Rechnung bezahlen. Die Wirtschaft in der Hallenser Sparkasse kostet ihr, wie sich jetzt herausstellt, einen ungeheuren Betrag. Die Verluste betragen insgesamt 6 bis 7 Millionen Mark. Zu ihrer Abdeckung muß die Stadt Halle eine Anleihe von 5 Millionen Mark aufnehmen. Es entsteht für sie ein jährlicher steuerlicher Mehrbedarf von etwa 900 000 Mark für Verzinsung und Tilgung der Schuldsumme. Die Stadtbank geht infolgedessen als selbständiges Institut ein und wird mit der Hallenser Zweiganstalt der Girozentrale verschmolzen.

Man stelle sich einmal vor, daß an der Spitze der Stadt Halle ein sozialdemokratischer Oberbürgermeister stünde. Für mindestens ein halbes Jahr wären die Spalten der bürgerlichen Presse mit diesem Skandal angefüllt. Selbstverständlich wäre die ganze Sozialdemokratie in Grund und Boden zu verdammen. Der Oberbürgermeister von Halle, Herr Dr. Riese, ein Mann vom „Fack“, ein Mann vom altpreussischen Schrot und Korn, echt deutschnationaler Gesinnung und Parteizugehörigkeit, ist aber kein Sozialdemokrat. Und so schweigt die bürgerliche Presse diesen Skandal beinahe vollständig tot. Als im Zusammenhang mit den ersten Meldungen darauf hingewiesen wurde, daß der Hallenser Oberbürgermeister ein engagierter Deutschnationaler ist, sprachen Berliner Rechtsblätter von einer infamen „Hege der Sozialdemokratie“. Wir haben niemals den Standpunkt vertreten, daß es einen absoluten Schutz gegen ungetreue Beamte gebe und daß für jede Unterschlagung der leitende Beamte einer Verwaltung von vornherein verantwortlich zu machen sei. So haben wir zum Beispiel gegen den „verdienststollen“ Oberbürgermeister von Hannover, den Herrn Dr. Menge, im Zusammenhang mit den Tpphuserkranzungen nicht ein Wort verloren. Hieße der Oberbürgermeister zufällig noch Leinert und wäre Herr Menge noch wie früher der demagogische Häuptling des hannoverschen Bürgerblocks, so würde man aller Welt klar machen, daß der Sozialdemokrat Leinert an der Tpphuseseuche schuld sei.

Im Falle des Hallenser Stadtbankskandals liegen die Dinge aber erheblich anders. Halle ist eine mittlere Großstadt. Die Verwaltung einer solchen Stadt läßt sich durchaus übersehen, wenigstens kann man von einem Mann, der jahrzehntelang Verwaltungsarbeit geleistet hat und jahrelang an der Spitze seiner Stadt steht, erwarten, daß er über die Hauptvorfälle in seiner Verwaltung unterrichtet ist und den nötigen Ueberblick über sie besitzt. Die Kredite der Stadtbank von Halle müssen dem Oberbürgermeister bekannt gewesen sein, wenn sie über einige tausend Mark hinausgingen. Wenigstens müßte das bei einer ordnungsgemäßen Führung der Oberbürgermeistergeschäfte durch Herrn Dr. Riese vorausgesetzt werden. Dr. Riese ist aber ferner vor vielen Monaten schon durch die sozialdemokratische Fraktion der Hallenser Stadtorordnetenversammlung auf die Zustände in seiner Stadtbank aufmerksam gemacht worden. Er hat, anstatt „mit altpreussischer Energie“ durchzugreifen, den jetzt disziplinierten Bürgermeister und den betrügerischen Stadtbankdirektor schiantweggedeckt. Im übrigen führte er den Kampf um seine Gehaltserhöhung!

Boshafte Leute können sagen: Es geschieht den Hallensern ganz recht. Sie wollten 1924 bei der Gemeindevwahl „Ordnung“ schaffen, sie wollten mit der sozialdemokratischen Wirtschaft aufräumen. Sie haben gründlich aufräumt. Der Ordnungsblock hat gesiegt, jetzt haben sie die Bekehrung.

Hunger . . .

Jrgendwo im Gemimmel der engen Großstadtstraße. Der Spätnachmittag brütet auf dem Asphalt, hoch ragen die grauen Häuser in den dunstblauen Himmel, muffig; weht es aus einem Kellerloch, in dem Menschen hausen. Krächzend preißt der Straßenhändler seine Waren, heim kehren Männer und Frauen von der Stätte der Arbeit, Autos drängen und jagen: das unruhige Lied rastlosen Verkehrs flutet auf, brandet an den durchgläsernen Mauern der tohlen Häuser empor, ebbt ab und hält seinen Atem für eine Sekunde an, um mit neuer Kraft wieder heranzufuteln. Die heiße, staubgeschwängerte Luft steht wie eine Mauer.

Am Rande des Damms ein Sandhaufen der nahen Baustelle. Braun, schmutzig, überfüt vom Abfall der Straße. Eine schlanke Pfütze zu seinem Fuße. Schlingende Stangen umfleden ihn. Und auf dem Haufen zwei Kinder. Großstadtkinder: bloß, dünn, edig. Vier Jahre alt beide vielleicht, und doch schauen ihre Züge schon aus, als hätte Frau Sorge mit knochiger Hand darüber gestrichen. Die Welt um sie ist versunken: sie buddeln und bauen. Einen kleinen Berg haben sie aus der schmutzigen Masse geformt, einen Graben darum gezogen, in dem das faulige, übertränkte Wasser der Pfütze fließt. Eine leere Streichholzschachtel schwimmt auf dem trüben Wasserlauf. Ein Schimmer von Glas liegt über den abgegräbten Kindergehirnen. Da steht eines auf, und in den müden, altklugen Kinderaugen steht der Hunger. Der Hunger nach etwas, was ihnen fremd ist, was sie, sich selber unbewußt, ahnen und nicht kennen. Der Hunger nach dem weiten Meer, nach dem weichen Sande, nach dem silberblanken, kühlen Winde, der Kraft und Gesundheit in seinen Schwingen trägt; nach einem Waschen und Werden in Sonne und Freiheit. — Eine Hupe kreischt auf, ein düres Kinderlärmchen fährt zersirend in den Sandhaufen und verschüttet den Graben . . .

Schnaubend quält sich der Stadtbahnzug über blanke Schienen. Die Weite sind überdacht. Endlich Feierabend! Durch das Steinmeer ringelt sich die eiserne Schlange zwischen schwarze, zerrissene Mauern hindurch. Der leibliche Rauch fällt in düstere Höfe. Auf einmal hält der Zug. Auf freier Straße. Die Köpfe fahren auf, Stimmen fragen und zürnen. Heim! heißt die Losung; jeder Aufenthalt ist Raub an der Freiheit. Ein Alter schaut aus dem Fenster, ein Veteran der Arbeit und der Sorge. Müde Hände halten den Saß mit dem Handwerkszeug umkrampft. Da trifft sein Blick ein Dach, ein schwarzes, leergetränktes Dach. Auf diesem Dach hat sich jemand einen kleinen Garten angelegt. Aus grünen Kästen quillt gelbe Kresse, am Spalter klettern rote Bohnen und wilder Wein, aus kleinen Pflässern wächst eine Heide leuchtender Sonnenblumen. Das einzige Grün, das einzige Bunt im toten Schwarz der Stunde. Verstaubt fährt die Hand des Alten über die Augen, die an das kleine Wunder auf dem Dache nicht glauben wollen. Aber es bleibt, und starr hängt der Blick an ihm. Da erwacht ein seltsames Glänzen

in den schon trüben Augen, und in dieses Glänzen hinein kriecht ein Licht, fast und zehrend: der Hunger. Der Hunger nach einem Stückchen grünen Landes, das sein eigen sei; ein Häuschen darauf, ein Garten davor, bunte Blumen darin, ein paar Obstbäume, ein paar Sträucher, eine Bank in der Sonne. Unerfüllte Sehnsucht eines Rechtslebens!!! Und die Augen weiten sich; da — ein Pfiff, der Zug rückt an, und das Wunder stirbt. Müde sinkt der Kopf des Alten vornüber . . .

Eine breite Straße im Osten. Ueber den hohen Alleebäumen schaukeln die elektrischen Lampen, gießen ihr blendendes Licht in das frohe Treiben unter ihnen und weitern mit dem Schimmer des Bollmondes. Kühle weht aus den Blättern, die Blumen in den Rabatten duften stärker. An einer Ecke staut sich die Menge. Was gibts noch am späten Abend? Kein lautes Wort schallt aus dem dichtgedrängten Menschenhaufen, der einer Stimme zu lauschen scheint, die aus seiner Mitte erklingt. Was verkündet sie? Worte hallen herüber, wie „Berger“ und „Kraler“, „Atmosphäre“ und „Ausgebranntsein“. Ein mächtiger Arm wächst über die Köpfe der Menschen und redt sich gen Himmel. Suchend fährt er umher; Ridelteile blühen im Schein der Lampen auf. Endlich hat er sein Ziel gefunden: auf den Mond weist er. Da kommt Leben in die Menschenmasse. Jeder will der erste sein, der durch das Zauberglas schaut, das ihn näher führt zu den Wundern des Nachthimmels. Augen und Herzen saugen sich voll, und der Hunger erwacht. Der Hunger nach dem Wissenwollen, nach dem Ergreifen, der Hunger nach den letzten, tiefen Fragen des Lebens, der in den Herzen der schlafenden Menschen wühlt, der sie für einen Augenblick fortreißt aus Sorge und Last des Alltags, der wie eine Wolke auf ihnen lastet, wie die Wolke, die jetzt den Mond verklärt und ihnen den Vorhang herabreißt, der für ach so kurze Zeit sich ihnen lüftet. c. s.

Ein Abschriftsteller und seine Helfer.

Der „Vorwärts“ hat vor kurzem aus dem Septemberheft der Zeitschrift „Bücherwarte“ eine Glosse abgedruckt. Darin wurde der literarische Neuliterarismus festgenagelt, wie er von einem sicheren Kuri in einem Buch über August Bebel geübt wurde. Kersten hatte insgesamt 23 Zitate aus Bebel's Reden zu einem „Buch“ zusammengeklebt, von diesen Abhandlungswortzügen aber mindestens zwölf, also fast die Hälfte, nachweisbar aus meinem Bebelbuch aus den verschiedensten Kapiteln entlehnt und mit den von mir vorgenommenen Kürzungen, Auszeichnungen, zum Teil auch mit den von mir verfaßten Zwischenüberschriften sklavisch nachgedruckt, natürlich ohne Quellenangabe. Selbst die Daten hat er nach meinen Angaben wiedergegeben. We das Datum in meinem Buche fehlt, fehlt es auch bei ihm. Die mühselige Kleinarbeit, unzählige Bände der Reichstags- und anderen Druckfachen durchzuarbeiten, war ihm wahrscheinlich zu zeitraubend.

Die milde Anprangerung dieses literarischen Urkommunismus durch die „Bücherwarte“ und den „Vorwärts“ hat dem Plagiator Anlaß gegeben, in den beiden hiesigen kommunistischen Blättern

wüste Schimpferklärungen loszulassen. Sie haben verdiente Nichtbeachtung gefunden. Aber auch ein Berliner bürgerliches Montagsblatt öffnete ihm die Spalten zu Erklärungen und machte sich dadurch zum Sprachrohr literarischen Freibeutertums. Eine Gegenerklärung, in der ich mich kurz bereit erklärte, den Tatbestand des unberechtigten Nachdrucks vor jedem Forum unumwunden nachzuweisen, wurde von dem gleichen Montagsblatt abgelehnt! Jetzt nimmt nun auch noch die in dem sonst ernsthaften Verlag von Ernst Rowohlt erscheinende Wochenzeitschrift „Die literarische Welt“ Anlaß, dem Abschriftsteller Kersten literarischen Beistand zu leisten. Ohne mein in der Sammlung „Sozialistische Klassiker“ erscheinendes Buch auch nur zu kennen, stellt diese „literarische Welt“ den Freibeuter für unbedingten und unbedenklichen literarischen Diebstahl aus: „Selbst wenn der eine Autor die Publikation des anderen verwendet hätte, wäre das nur etwas Selbstverständliches.“ In der wirklichen literarischen Welt sucht man durch Urheberrecht und Schriftsteller-Schutzverbände das Freibeutertum zu bekämpfen. Aber das ist nach Ansicht der Salonkommunisten augenscheinlich nur ein bourgeois Atomismus. Franz Klüh.

Erich Weinert-Abend. Erich Weinert, wohl der schärfste der lebenden satirischen Dichter in Deutschland, las am Montagabend für den Leon Hirsch-Berlag im gutbesetzten Meisteraal. An zwei Stunden ließ er kein Wortfeuerwerk abbrennen, Fröschel, Donnerschläge und vor allem Kaffeein, die bunten Situationen blühschnell erleuchteten. Erich Weinert hat ein verblichenes Talent, mit grotesken Wortspielen zu jonglieren. Mit welcher Ironie stellt er ein Kleinladtkaffee hin! Und dabei so plastisch, daß jede Person, ja jeder Gegenstand mit erlebt wird. Seine kleinen philosophischen Gedichte sind fein geschliffen und reich an überraschenden Pointen. In wenigen Versen zeichnet er schmissige Porträtkarikaturen der Zeitgrößen, Marx, Claf, Hauptmann, Stresemann. Auch Prosa gab Weinert zum Besten, gut geschliffen, aber sie reicht bei weitem nicht an seine Verknüpfung. Am stärksten wirken neben seinen Kleinbürgerlichen Mißverständlungen und den seinen philosophischen Gedichten seine politischen Verse, besonders wenn er gegen Halbheit und Militarismus seine Welle schlägt. Der Abend war ohne Zweifel ein Gewinn. Weinert selbst ist ein guter Interpret seiner Gedichte, nur sollte er aus seinem schier unerhöflichen Schape nicht zu viel auf einmal geben, denn trotz aller Begeisterung tritt sonst Ermüdung ein. Mit einem Kabinettstück politischer Satire „Es spukt am Brandenburger Tor“ schloß unter dickem Beifall der Abend. B. Sch.

Vorlesung Arthur Hoffmayer. Zum zweiten Autoren-Abend der Volkshäuser, der am Mittwoch, dem 22. abends 8 Uhr, im Bürgerlaal des Rathauses, Eingang Hainstraße, Rathshof, und in dem Arthur Hoffmayer aus seinen Versen vorlesen wird, sind noch Karten zum Preise von 60 Pf. am Saaleingang zu haben.

Lesung Heiler. Die Premiere der Komödie „Mensch und Hebermann“ von Bernard Shaw ist auf den 5. Oktober verlegt worden. Die bereits gelösten Karten behalten Gültigkeit.

Das Berliner Sinfonie-Orchester eröffnet seine diesjährigen Sonntagskonzerte am 3. Oktober, abends 8 Uhr, im Plätkner-Saal. Dirigent: Emil Pehnke. Einleitend am Abend: Godfried Dieckmann, der das Sinfonietext von Haydn zum Vortrag bringen wird.

Der Goldstand der Reichsbank.

Wirtschaftsbericht Dr. Schacht.

In der heutigen Zentralauschussung der Reichsbank berichtete der Reichsbankpräsident Dr. Schacht über die Entwicklung des Status der Reichsbank sowie der Geld- und Kapitalmarktverhältnisse während des abgelaufenen Vierteljahres. Danach ist die Finanzspruchnahme der Reichsbank nach der letzten Diskontierung am 6. Juli bis zum August zunächst weiterhin rückgängig gewesen, während im letzten Monat eine kleine Steigerung eintrat. Der Geldmarkt hat trotz verschiedener Anzeichen einer langsame Wirtschaftsbewegung keine sehr langem flüssige Form bewahrt und der Wiederaufbau des Kapitalmarktes weitere Fortschritte gemacht.

Der Notenumlauf der Reichsbank und ebenso der gesamte Zahlungsmittelumlauf zeigen in der Zeit vom 23. Juni bis 23. September eine Vermehrung um rund 300 Millionen Mark. Diese Entwicklung ist im wesentlichen auf das weitere Herankommen von Auslandskrediten zurückzuführen. Infolgedessen hat sich sowohl der Devisen- wie der Goldbestand der Reichsbank vermehrt. Die Reichsbank hat nicht nur eine langsame weitere Auffüllung ihres Goldvorrats durch Umwandlung von Devisen in Gold vornehmen können, sondern die derzeitige Entwicklung der Devisenkurse hat auch aus dem Verkehr heraus zu Goldangeboten an die Reichsbank geführt, die die Reichsbank akzeptiert hat.

Wenn auch die Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs zu Bedenken noch keinen Anlaß gibt, so ist es doch nach wie vor unerwünscht, in der Hereinnahme ausländischen Geldes in einem Tempo vorzugehen, mit dem die produktive Entwicklung der deutschen Wirtschaft nicht Schritt hält. Es sind zwar erhebliche Fortschritte, insbesondere in der Rationalisierung unserer Industrie, gemacht worden, doch zeigt die immer noch große Zahl der Erwerbslosen, daß das Gedeihen einzelner Unternehmungen noch nicht das Gedeihen des Gesamtkörpers bedeutet. Die Vermehrung des deutschen Geldumlaufs ist also im ganzen nicht durch eine steigende Gesamtproduktivität der Wirtschaft hervorgerufen, sondern durch eine allzu ausgiebige Bemühung ausländischen Kapitals. Diese Entwicklung ist für die Reichsbank mit ein Anlaß gewesen, von der bis vor kurzem aufrechterhaltenen festen Dollarkurs abzugehen und die Kursbildung dem freien Verkehr zu überlassen. Hierdurch hat die Reichsbank die Möglichkeit, auch auf zu starkes Hereinströmen ausländischen Kapitals regulierend einzuwirken.

In der letzten Zeit sind wiederholt aufgetauchte Gerüchte, daß die Reichsbank beabsichtige, Goldmünzen in den deutschen Zahlungsverkehr zu leiten, entbehren jeder Grundlage. Die Reichsbank steht in dieser Frage vollkommen auf dem Standpunkt anderer großer Länder, die die Anflutung von Gold bei der Notenbank (Goldkernwährung) unter jeweiliger freier Hergabe von Gold für Auslandszahlungen, im Falle der Devisenkurse es erfordern, für eine zweckmäßigere Form der Goldwährung halten als die Sättigung des Verkehrs mit Goldmünzen. (Wir werden auf die Einzelheiten dieses Berichtes noch zurückkommen. Red. d. Worm.)

Gegen die Sabotage der Militärs.

Die politische Abrüstungskommission rüffelt die militärische Unterkommission.

Die Vollversammlung des Völkerbundes hat der politischen „Vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz“ den Rat eingelegt, die bisherige Arbeit ihrer eigenen Unterkommission zurückzuziehen, ihre neue Richtlinien vorzuschreiben und sie dringend zum Abschluß zu mahnen. Sie hat den Militärs unterzogen, sich noch weiterhin mit der politischen Seite zu befassen, ihnen auch verboten, Resolutionen aufzugeben, sondern ihnen vorgeschrieben, an Stelle der Beschlüsse einfach „die im Laufe der Verhandlungen zum Ausdruck gekommenen Ansichten unter Anführung der Delegationen, die sich dieser oder jener Meinung angeschlossen haben, aufzuführen, sowie die Argumente anzugeben, die zur Unterstützung der einzelnen Ansichten angeführt wurden.“ Diese Abgabe an die planmäßige Abrüstungsarbeit der Militärs ist einem Vorstoß der amerikanischen Delegation zu verdanken. Diese entwickelte den Grundgedanke, daß die Verhandlungen durch regionale Abkommen begrenzt und eingeschränkt, daß die Einschränkung der See- und Luftschiffahrtungen (kleine Kreuzer, Torpedoboote, U-Boote, Flugzeugmuttergeschiffe) ausgedehnt werden sollen und in Zukunft nicht über allgemeine Fragen diskutiert werden soll, sondern bestimmte Einzelfragen herausgegriffen und gelöst werden sollen. Aber so wichtig, wie die amerikanischen Vorschläge selbst ist die Tatsache, daß sie vor der „Vorbereitenden Kommission“ angenommen wurden. Insbesondere ist Paul Boncour's Stellungnahme bedeutsam, der die Tätigkeit der französischen Militärs in der Unterkommission desavouierte und sich mit regionalen Abkommen einverstanden erklärte, wenn man durch das Hinarbeiten auf die allgemeine Abrüstung kein Ergebnis erzielt. Diese Haltung der französischen Regierung deutete sich bereits in der Vollversammlung an; was sie beibehalten, dann ist sie nicht weniger als eine Uebertreibung der bisherigen französischen Abrüstungspolitik, die die Ablehnung wirklicher Abrüstungsmaßnahmen mit der Forderung allgemeiner Abrüstung und allgemeiner Sicherheit begründete. Hier zeigt sich die erste Rückwirkung des eben in Kraft getretenen Vertragswerkes von Locarno mit seiner regionalen Sicherung auf die Behandlung des Abrüstungsproblems.

Nach der letzten Rede Poincarés.

Die Pariser Presse ist mit ihm einig.

Paris, 26. September. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Poincaré ist am Montag sofort nach seiner großen Rede in Bar-le-Duc wieder nach Paris zurückgekehrt, wo er abends gegen 11 Uhr eintraf. Poincaré, der allein reiste, wurde an der Bahn von seinem Kabinetschef und dem Innenminister empfangen. Die große Informationspresse nimmt heute morgen mit keinem Wort zu der Rede Stellung. Natürlich bringt sie die Rede in größter Aufmachung als die Sensation des Tages. Von der politischen Presse widmet der „Quotidien“ der Rede einen langen Artikel, worin er sich vollständig mit ihr einverstanden erklärt, dabei aber den alten Vorwurf gegen das Kabinett wiederholt, daß unter dem Deckmantel der Sparsamkeit über den Rahmen des Ermächtigungsgesetzes hinaus eine vollständige Verwaltungsreform vorgenommen werde. Auch die „Ere Rousseau“ stimmt der Rede Poincarés durchaus zu. Das Blatt stellt fest, daß Poincaré zwar vor die Politik der Versöhnung zwischen Deutschland und Frankreich ein großes Ader lege, daß er jedoch immerhin so dazu sage. Diese Politik, die die Linke schon seit langen Jahren gewünscht habe, erhalte heute Leben durch den Willen eines Kabinetts der nationalen Einigung, unter einem Ministerpräsidenten, der die engstirnigste Auffassung von Patriotismus verpörrere. Das Wesentliche der Rede Poincarés liege aber gerade darin, daß er die neue Politik annehme, daß er hier eine Entwicklung, aber keinen jähen Stellungswechsel zeige.

Herbst in der Laubkolonie.

Die Laubkolonie hat hundert bunte Fahnen aufgesteckt: Mutter trocknet die letzte Wäsche in Lust und Sonne, um schnell noch etwas davon mit hineinzunehmen in die enge Großstadtwohnung, in die man jetzt aus der „Sommerfrische“ heimkehren muß. Denn es ist Herbst geworden, die letzten Kartoffeln sind geerntet, die Winterastern blühen schon, und des Morgens liegt dünner Reif auf den Dächern und Säunen. So schwankt denn ein Handwagen nach dem anderen in die Stadt, mit den spärlichen Möbeln beladen: Stühle, Tisch und Betten; Vater zieht die Kisten schieben und oben auf der Fuhr thront das Jüngste: ein trauriges Jillebild: nun werden die Steinen wieder auf dem engen Hinterhof mit dem Müllkasten spielen müssen.

Aber sie werden vielleicht noch eine warme Stube haben im Winter. Vielen, gar zu vielen ist die Laube die einzige Behausung. Sie müssen auch den Winter hier zubringen. Aber es ist ja schließlich gleichgültig, ob man in der dumpfen feuchten Kellerwohnung haust oder hier draußen. Man hat wenigstens den schönen Sommer gehabt, die Kinder sind weniger bleichsüchtig und widerstandsfähiger für den Winter. Und der Karnickelstall nebenan wärmt und bläst den Ofen etwas erlesen.

Die ganze soziale Tragik der Gegenwart wird hier deutlich: dicht vor der Großstadt mit den Errungenschaften der modernen Technik die Rückkehr zur Primitivität des mittelalterlichen Katenordors!

Aber man hat sich eingelebt hier draußen: das mehr Aufeinanderangewiesensein, das Zusammenleben ohne trennende Mauern hat ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl hervorgebracht, und so zeigen sich gerade hier vielleicht wichtige Ansätze zu einem neuen Gemeinschaftsleben auf der Grundlage der modernen Großstadt. Denn nicht ganz bildet die Laubkolonie eine Welt für sich, sie ist mit mannigfachen Fäden an die übrige Welt geknüpft: der Bäcker, der Schlächter, der Milchmann kommen des Morgens aus der Stadt, auf dem Laubdach des Begüterten thront die Radioantenne, und auch der „Vorwärts“ hat seinen Weg hierhergefunden und wird die böse Jahreszeit überwinden helfen.

Fabrikbrand in der Steglitzer Straße.

Der U-Bahntunnel als Brandursache.

Vier Löschzüge der Feuerwehr wurden heute morgen gegen 4 Uhr nach der Steglitzer Straße 80 gerufen, wo in den im zweiten Stockwerk des Quergebäudes gelegenen Fabrikräumen der Firma Georg Jahn, Möbel und Dekorationen, Feuer ausgebrochen war. Die Lehmannshäuser trafen bei ihrem Eindringen auf ein großes Flammenmeer. Es wurde ein umfassender Löschungsangriff unternommen und aus vier Rohren Wasser gegeben. Das Feuer hatte sich mit großer Schnelligkeit durch die Decke des überliegenden Fabrikraumes der Tischdruckerei des „Bundes der chemographischen Anstalten“ getroffen. Einzelne Flammen züngelten bereits an dem Inventar und den übrigen leicht brennbaren Gegenständen empor. Es gelang, das Feuer hier aufzuhalten und ein weiteres Uebergreifen auf eine im dritten Stockwerk liegende Tischlerei, in der größere Holzvorräte lagerten, zu verhindern. Nach über zweistündiger Tätigkeit war die Hauptgefahr beseitigt. Eigenartig waren die Feststellungen, die über die Entstehungsursache des Brandes gemacht werden konnten. Befamlich wird die Hochbahnstrecke Waidhauer Straße — Gleisdreieck nach dem Rollendorplatz weitergeführt. Die Ueberführung vom Bahnhof Gleisdreieck in Richtung Kurfürstentrasse über die Flottwellstraße ist fertiggestellt, ebenso die Tunneldecken, die kurz hinter der Flottwellstraße unter die Erde führen. Um die Häuser gegen Schall und Erschütterungen der fahrenden Hochbahnzüge zu schützen, ist die innere Tunneldecke von einer äußeren Tunnelstuhldecke umgeben. Zwischen diesen befinden sich Isolierschicht gepreßte Torfplatten und dazwischen Torfmüll. In den Fabrikräumen der Firma Jahn mündete noch eine kleine Kanalöffnung des Tunnelzwischenraumes, die auch demnächst geschlossen werden sollte. Kurz vor 4 Uhr morgens wurden dann von Hausbewohnern ein Feuerfchein und starke Qualmentwicklung wahrgenommen, worauf die Feuerwehren alarmiert wurden. Aus bisher noch nicht einwandfrei geklärt Gründen, vermutlich durch Selbstentzündung, möglicherweise aber auch durch irgendeine Unvorsichtigkeit, begann das Torfmüll zwischen den Tunnelwänden zu glimmen und setzte den Fabrikraum und eine starke Leersicht über der Tunneldecke in Brand, die unter starker Qualmentwicklung und stichflammenartigen Erscheinungen aufloderte. Die Räume der Firma Jahn mit all ihrem Kontorinventar, Büchern, die Schabdecken usw. sind ausgebrannt. Die Feuerwehr war bis in die Vormittagstunden hinein bemüht, den Brandherd durch starkes Wassergeben zu erfassen.

Festakt der Feuerwehr.

Aus Anlaß des 75jährigen Jubiläums der Berliner Feuerwehr fand heute vormittag im Stadthaus in der Klosterstraße ein Festakt statt. Unter den Anwesenden bemerkte man den Polizeipräsidenten Genossen Orjesinski, den Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Polizeioberst Haupt, Vertreter städtischer und kommunaler Behörden, uniformierte Feuerwehrleute aus Oesterreich und Böhmen und eine große Anzahl Berliner Wehrleute.

Die Feier wurde mit einer musikalischen Darbietung des Musikchors der Feuerwehr eingeleitet, dem ein Festgesang des Feuerwehrchors folgte. Bürgermeister Scholz hielt hierauf in Vertretung des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Oberbürgermeisters Böhm eine Ansprache, in der er die Feuerwehr zu ihrem Jubiläum herzlich beglückwünschte und zugleich den Dank der städtischen Körperschaften sowie der Berliner Bevölkerung für die gefahrvolle Arbeit der Feuerwehr, die für Gut und Leben der Bürger im gegebenen Augenblick alles einsetzt, auszusprechen. Er schloß mit dem Wunsche, daß die Feuerwehr sich weiterhin ebenso erfolgreich aufwärts entwickle wie bisher. Sodann betrat Oberbranddirektor Gempff die mit frischem Grün geschmückte Rednertribüne. Nach Dankesworten für die der Feuerwehr dargebrachten Glückwünsche ging Oberbranddirektor Gempff auf die Entwicklung der Feuerwehr ein, die früher sehr zu wünschen übrig ließ, heute jedoch den Bedürfnissen einer Großstadt mit vollkommensten Vöschgeräten, schnellen Kraftwagen und gut ausgebildeten Mannschaften durchaus entspricht. Die Feuerwehr von heute mit einem erfolglos ausgebauten Weidewesen, das erst kürzlich eine völlige Umwandlung erfahren hat, ist für größte Brände gut vorbereitet und kann in wenigen Minuten zur Stelle sein. Allein an Schläuchen sind augenblicklich 120 Kilometer in Gebrauch, was einer ungefähren Entfernung Berlin — Stettin entspricht. Drei Feuerlöschboote, und als eine der letzten Neuentdeckungen, „Schaumlöschapparate“, die bei Benzin- und Ölbränden Anwendung finden, geben der Feuerwehr Mittel in die Hand, jeder Feuergefahr wirksam entgegenzutreten. Chorgesang und ein Fanfarenmarsch schlossen die eindrucksvolle Feier. Sonderbar berührte es, daß weder Stadthaus noch Rathaus gestagt hatten.

Der Bund der Kleingartenvereine zu Westend-Charlottenburg veranstaltet zurzeit in den Gesamtanlagen des Spandauer Bod eine große Gartenbauausstellung, die trotz aller Schwierigkeiten als gelungen bezeichnet werden kann. Genosse Stadtrat Karner, Delegierter für die Parkverwaltung und Siedlungsstellen, betonte deshalb auch bei der Eröffnungsfest, daß das Bezirksamt stets die Forderungen der Kleingärtner bei den Magistratsbehörden vertreten würde. Bundesvorsitzender Lehmann teilte in seiner Begrüßungsansprache mit, daß die Aussteller nach zweijährigem Kampf nun den

Vachtvertrag von der Wohnungsfürsorge erhalten haben. Die Ausstellung selbst ist trotz der späten Jahreszeit reich an herrlichen Blumen und köstlichem Obst (Erdbeeren); aus den Kulturen der Spätfrühen Baumkulturen sieht man prächtige Georginen, Astern und Dahlien in den apartesten Schattierungen. Die biologische Reichsanstalt in Dahlem stellte eine Sammlung von Gartenschädlingen zur Verfügung. Seltene Exemplare der verschiedensten Gartenfrüchte wurden geerntet, von denen der Futter- oder Bäckertohl in riesigen Stauden Bewunderung erregte.

Schule im Ausland.

Die „Freunde der internationalen Kleinarbeit“ hatten am 22. September, abends 8 Uhr, im Jugendheim des „Vorwärts“-Hauses ihre Mitglieder und Gäste zu ihrer ersten Herbstzusammenkunft zahlreich versammelt. Genosse Oberstudienrat Dr. F. Karjen sprach über das Thema: „Erfahrungen und Erfahrungen mit und in dem Auslande.“

Der Redner wies zunächst darauf hin, daß er in der Aufbau-Schule in Reutlingen, die seiner Leitung untersteht, sehr häufig Besuch aus dem Auslande studienhafter Bekäme. Die Russen unter ihnen stellten stets die Fragen: Wie steht es mit der Selbstverwaltung der Schüler? Haben Sie Bourgeoisinder in Ihrer Aufbauschule? Wie weit sind die Lehrer, wie weit die Schüler im Unterricht aktiv tätig? Auch viele Engländer und Polen suchten ihn auf, besonders aber viele Juden aus Polen, die auf dem Wege nach Palästina waren. Diese letzteren interessierte vor allem das freizeitleiche Erziehungsproblem. Schweden und Norweger gingen bei ihrem Besuche verhältnismäßig oberflächlich über die vorliegenden Fragen hin. Franzosen waren bedauerlicherweise bisher nicht bei ihm; dagegen kamen häufig Amerikaner, die sich sehr interessiert an allem zeigten und ohne jede dogmatische Voreingenommenheit das Erziehungsproblem mit ihm besprachen. Wenig interessiert zeigten sich bedauerlicherweise die Engländer, die anscheinend die Auffassung vertreten, daß das englische Erziehungsprinzip auch dem modernen vorliegenden bedeutend überlegen sei. Ueber eigene Erfahrungen im Auslande führte Genosse Karjen aus, daß er in England überall bei pädagogischen Fragen und der praktischen Anwendung derselben auf Ueberbleibsel der Anschauungen des alten Feudalstaates gestoßen ist. Auch der Arbeiter sei nicht frei von dem „Judealen Ideal des Gentleman“. Er glaubt, daß selbst heute noch der englische Arbeitnehmer nach wie vor vorwiegend einseitig englisch und erst ganz zuletzt international eingestellt sei. Diese Auffassung spiegelt sich dementsprechend in dem gesamten Schulwesen Englands wider. In den privilegierten Schulen der Vornehmen gibt es heute noch die Prügelstrafe, die nicht als entehrend gilt. In den Landeserziehungsheimen, die als moderne Versuchsschulen gelten, trifft man als Schulleiter auch Mitglieder der Labour Party. Genosse Karjen hat auf seinen Studientreisen in England nur eine Arbeiterschule gefunden, die allerdings unter Leitung aristokratischer Lehrerinnen stand und deren Tendenzen man wohl als sozial, aber nicht als sozialistisch bezeichnen könnte.

In Rußland steht, wie er aus eigener Studienbeobachtung heraus festgestellt hat, die Schule absolut im Dienste der Arbeiter- und Bauern-Republik. Die Erziehung zielt darauf hin, die Kinder zu Bürgern des Sowjetstaates zu erziehen. Hierzu wendet man das System der Schülerelbstverwaltung an, die allerdings unmittelbar unter der Aufsicht eines Leiters des jeweiligen zuständigen Ortsbureaus der kommunistischen Jugend steht. Man will grundsätzlich den gelerntem Arbeiter erziehen und hat deshalb in der Schule den Arbeitsbetrieb eingeführt, der für die Volkswirtschaft in der Arbeiter-schule, für die Stadtwirtschaft in einer Art Handwerker-schule besteht. Die Schule stellt in beiden Fällen einen Gemeinschaftsbetrieb dar, der die Grundbegriffe für die kommunistische Gesellschaft und ihre Wirkung auf die Umwelt lehren soll. Die Reise auf jeder Schule wird in Rußland nur auf Grund der Beförderung im praktischen Leben erteilt und steht hier in einem krassen Gegensatz zur deutschen Schule, die in ihrer Differenziertheit anerkannte theoretische Kenntnisse außerordentlich bevorzugt. Zusammenfassend wies Genosse Karjen darauf hin, daß man die englische Schulbewegung vielleicht als die Bewegung, die zur Ausbildung eines Gentlemans hinaufzuführen soll, bezeichnen könnte, die russische dagegen als die, die nach unten zum proletarischen Gemeinschaftsleben hinzieht. Man könnte vielleicht davon sprechen, so schloß er, daß zwischen beiden die deutsche Schule steht, die zum Teil in ihren modernen Strömungen außerordentlich radikal ist, während die alte höhere Schule noch mit allen bürgerlichen Phrasen der Vergangenheit arbeitet. Reicher Beifall lohnte den Redner.

Allen Genossen, die Verständnis und Freude an solcher aufklärenden internationalen Zusammenarbeit haben, sei der Anschluß an diese Arbeitsgemeinschaft empfohlen. Nähere Auskunft gibt Genosse Dr. Poeg, Berlin NW, Stromstr. 58.

Der Juwelenraub in der Tauentzienstraße.

Zur Aufklärung des sensationellen Räuberstücks im Berliner Westen hat die Kriminalpolizei mit einem großen Aufgebot auch bis spät in die vergangene Nacht hinein in allen Stadtvierteln gearbeitet. Besonders wurden auch alle Lokale mit verdächtigem Verkehr von Streifenbeamten besucht und beobachtet. Alle Maßnahmen blieben bisher ohne wesentliches Ergebnis. Die bereits nach Hunderten zählenden Angaben von Leuten, die die Räuber wirklich oder vermutlich gesehen haben, müssen zum Teil noch nachgeprüft werden. Auch aus der Provinz liegen schon Mitteilungen vor, nach denen hier und dort Verdächtige angehalten worden sind. Gefunden ist noch bei keinem etwas. Dem Erkennungsdienst wird die Arbeit durch die Unklarheit der Fingerabdrücke sehr erschwert. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch in dieser Beziehung eine planmäßige Arbeit der Verbrüder vorliegt. Die Wirkung ihrer Sprengkörper war die, daß der Niederschlag alles Glas und die Politur der Einrichtungsgegenstände mit einer gewissen Schicht überzog, die die Fingerabdrücke zum Teil verwischte. Trotz der Vermischungen ist es dem Erkennungsdienst doch gelungen, einige Abdrücke zu gewinnen; sie sind aber leider ziemlich unbestimmt. So erfordert es viele und lange Arbeit, sie genau mit den Abdrücken der Kartothek zu vergleichen.

Zum Direktor des Sophien-Gymnasiums im Bezirk Prenzlauer Berg den Genossen Dr. Stoelzel, bisher Landesschulrat in Braunschweig.

Jugendheiler-Tagung des Bundes russischer Schulreformer. Theorie und Praxis vereinigt die große öffentliche Jugendheiler-Tagung, die am Sonnabend, den 2. Oktober, vormittags 8 1/2 Uhr, im Bürgeraal des Berlin-Schöneberger Rathauses (Untergrundbahn Stadtport) Professor Paul Drehtsch eröfnet wird. Am ersten Tag sprechen über die prinzipiellen Fragen: Dr. Gertrud Bäumer, Dr. Paul Boncour, Stadtrat Walter Friedländer. Dem folgen Berichte aus den verschiedensten Gebieten der Jugendhilfe-Praxis, endlich die gemeinsamen Feststellungen der Provinzial-Abdienenantalt in Kowalew. — Redermann hat Zutritt gegen Kostenerlöb (ganze Karte 6 M., einzelner Tagungsfahrkarte 1 M.). Programme oder Karten in der „Werkzeube“, Berlin W 35, Potsdamer Straße 104 (Gangung Kurfürstentrasse) oder am Saaleingang.

Neue Straßenbahnverbindung. Vom 1. Oktober ab wird die Linie 2 unter Umgehung ihrer bisherigen Endpunkte Anhalter Pl. und Gdrtlicher Pl. um einen Ring mit 15-Minutenabstand in beiden Richtungen geschlossen. Die Wagen verkehren zwischen Gdrtlicher Pl. und Anhalter Pl. über Grünauer Str., Reichensberger Str., Mittelstr., Jerusalemstr., Himmelsstr., Charlottenstr., Köpenicker Str., Wilhelmstr., Anhalter Pl. Auf dem nördlichen Teile bleibt die bisherige Linienführung beibehalten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Berliner Verein für Einheitslosgang. e. B. Uebung jeden Mittwoch von 1/2 bis 1/10 Uhr im Friedr.-Wilhelms-Gymnasium, Radstr. 13. Nach dem Uebungstragen im Vereinheim. Nächste 12. September. 8 1/2 Uhr. Einheitslosgang. Berliner Verein für Einheitslosgang. Uebung Donnerstags von 8 bis 10 Uhr in der Radonmittelschule Siedberg, Radstr. 10-11.

Die Fünftagewoche bei Ford.

Wierzigstündige Arbeitszeit.

Ueber diese grundlegende Arbeitszeitverkürzung bei Ford, durch die vollständige Arbeitsruhe am Sonnabend, äußerte sich Henry Ford dahin, daß sie kein Experiment darstellt, sondern das Ergebnis langer Versuche, die sich auf drei bis vier Jahre hindurch erstrecken. Während dieser Zeit wurde abwechselnd an fünf oder sechs Tagen gearbeitet. Aus den Erfahrungen in diesem Wechsel von der Sechstag- zur Fünftagearbeit und zurück zur Sechstagearbeit hat sich ergeben, daß man in fünf Tagen mindestens ebensoviel herstellen kann als in sechs Tagen. Im Gegenteil, man erhoffe noch bessere Ergebnisse durch die Einführung des Fünftagewochens zu erreichen, da der Zwang zu besseren Methoden führen werde. Die Beibehaltung des Sechstageslohns für die Fünftagewoche werde sich bezahlt machen. Die Arbeit werde um so wirksamer, in je kürzere Zeitspannen sie hineingepreßt werde.

Aus den bereits aus seinem Buche bekannten Gedankengängen Fords, die in einer in der Wiener „Neuen Freien Presse“ wiedergegebenen Unterredung aus Anlaß dieser Neuerung näher präzisiert werden, ergibt sich erneut, daß für Ford kein Lohnproblem, sondern nur ein Absatzproblem zu lösen ist. „Die Kurzarbeit muß kommen, denn ohne sie wird das Land nicht imstande sein, seine Produktion zu absorbieren und wohlhabend zu bleiben. Je mehr gut bezahlte freie Zeit die Arbeiter zu ihrer Verfügung haben, desto mehr steigen ihre Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse werden bald zu Notwendigkeiten. Ein gut geführtes Unternehmen zahlt hohe Löhne und verkauft zu niedrigen Preisen. Seine Arbeiter haben Ruhe, das Leben zu genießen, und die Mittel, ihre Vergnügungen zu bezahlen.“

Das deutsche Unternehmertum hat zwar von Ford die Antreiberei am fließenden Band übernommen, ist aber nach wie vor erklärter Feind des „schematischen“ Achtstundentags, sucht die Löhne noch immer mehr zu drücken anstatt sie zu erhöhen und denkt nicht daran, die Preise herabzusetzen; es sei denn für Lieferungen ins Ausland, um seinem Weltmarktstimmel zu frönen, während es die Kaufkraft im Lande festsetzt und den Inlandmarkt lähmt.

Unsere gestrige Vornotiz über die Einführung der Fünftagewoche bei Ford benutzt die „Rote Fahne“ zu einem lächelnden Ausfall gegen den „Vorwärts“, der den Ford-Betrieb als Paradies hinstellt. Das privatkapitalistische Ford-Unternehmen ist jedenfalls moderner als selbst die staatlichen Remontierbetriebe in Sowjetrußland. Und auch die deutschen Arbeiter würden zweifellos lieber bei Ford arbeiten — wenn sie die Wahl hätten — als etwa bei Siemens. Der prinzipielle Gegner der kapitalistischen Produktionsweise vergibt sich durchaus nichts, wenn er die Einführung fortschrittlicher Arbeitsmethoden anerkennt, die auch in Sowjetrußland erstrebt werden.

Achtzehn Wochen Streik der Stoffdrucker.

Erfolgreiche Abwehr gegen Lohnabbau.

Der Streik der Stoffdrucker ist nach 18 Wochen Dauer beendet. Es wurde dreimal mit dem Nordostdeutschen Textilarbeitgeberverband verhandelt, das letztemal am 24. d. M. Am 25. d. M. war die Abschlusssitzung und am 27. d. M. wurde die Arbeit bei Walter Haendel u. Co. und bei der Berliner Seidendruckerei wieder aufgenommen. Weil Streikbrecher in den Betrieben sind und auch Mangel an Aufträgen ist, können zurzeit nur die Hälfte der Streikenden eingestellt werden. Der Betrieb bleibt vorläufig noch geschlossen.

Zwei andere Stoffdruckereien, bei denen zwar nicht gestreift wurde, die aber trotzdem während des Streiks geschlossen waren, sollen in der nächsten Zeit wieder eröffnet werden. Bis zum 31. Dezember 1926 dürfen betriebsfremde Handdrucker nicht eingestellt werden. Sämtliche Wiedereinstellungen erfolgen zu den alten Löhnen.

Die eigentliche Streikursache war die Abwehr eines erheblichen Lohnabbaues und die Vereinbarung eines einheitlichen Akkordtarifes. Dieses letztere wurde erreicht auf der Grundlage, daß erhebliche Verdiensterhöhungen hierdurch nicht eintreten dürfen. Mitte November d. J. soll eine Nachprüfung stattfinden und erst dann soll die entgeltliche Festlegung des Akkordtarifes erfolgen. Mit einem Hoch auf den Deutschen Textilarbeiterverband, der in den 18 Wochen die vollständig organisierten Handdrucker in ihrem schweren Kampf genügend unterstützt hat, wurde die letzte Streikversammlung geschlossen.

Die Entscheidung der Hamburger Hafnarbeiter.

Hamburg, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem am Sonntag eine Versammlung der Hamburger Hafnarbeiter sich gegen den Spruch der Schlichterkammer ausgesprochen hatte, fand am Montag eine Urabstimmung der organisierten Hafnarbeiter statt, als deren Ergebnis heute morgen bekannt wird, daß 1196 Stimmen für Annahme und 4042 Stimmen für Ablehnung des Schiedsspruches abgegeben wurden. Damit ist die erforderliche Dreiviertelmehrheit für einen Streikbeschluss erheblich überschritten. Wenn nicht noch in letzter Stunde die Parteien von Regierungsseite an den Verhandlungstisch gebracht werden, ist für den kommenden Freitag mit der Arbeitseinstellung im Hamburger Hafen zu rechnen.

Neue Verhandlungen.

Hamburg, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie der Hamburger Schlichter der Tarifverhandlungen für die Werftindustrie und den Hamburger Hafen mitteilt, hat er dem Reichsarbeitsminister über die durch die Ablehnung des Schiedsspruches geschaffene Lage Vortrag gehalten. Mit Rücksicht auf die Wirkungen eines Streiks im Hamburger Hafen und auf den Wert für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben hat der Reichsarbeitsminister eine neue Aussprache zwischen

den Parteien angeordnet. Diese findet für die Werften am Mittwoch nachmittag und für den Hafen am Donnerstag nachmittag in Berlin statt. Die Entscheidung des Arbeitsministeriums soll auf jeden Fall noch vor dem 1. Oktober fallen.

Lohn und Arbeitszeit in der rheinischen Eisenindustrie.

Verbindlich erklärter Schiedsspruch.

Düsseldorf, 28. September. (W.Z.) Von der nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wurden am 17. September wegen der Verlängerung der Arbeitszeit und der Lohnordnung vor dem Schlichter Oberlandesgerichtsrat Joetten Verhandlungen geführt. Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedsspruch nunmehr für verbindlich erklärt. Die Parteien verständigten sich dahin, daß die Lohnordnung früher als nach dem Schiedsspruch, und zwar bereits am 1. Februar zum 28. Februar 1927 gekündigt werden kann. Die Arbeitszeit bleibt dagegen bis Juli nächsten Jahres einschließlich bestehen.

40 000 slowenische Bergarbeiter in Deutschland.

Belgrad, 28. September. (W.Z.) Wie die südslawische Presse mitteilt, empfing der Minister des Innern Dr. Rintschitsch den Obmann des Vereins zum Schutze der slowenischen Arbeiter in Westfalen J. Polko. Er hatte mit den beiden Vertretern eine eingehende Beratung über die sozialen und kulturellen Verhältnisse der slowenischen Kolonisten im Ruhrgebiete, wo 40 000 slowenische Grubenarbeiter mit ihren Familien leben.

Die Beamtenbewegung in Oesterreich.

Wien, 28. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Ultimatum, das die Technische Union, die Organisation der Telegraphenangehörigen, der Regierung überreicht hatte, ist am Montag abends abgelaufen. Die Regierung hat aber bisher noch nicht geantwortet. Der Vollzugsausschuß der Technischen Union hat daher beschlossen, daß am 4. Oktober mit dem Streik in den telegraphischen Betrieben einzulassen ist, falls bis dahin keine Einigung in der Frage der Kostenaushöhung und der Nebengebühren zustande gekommen ist. Da bis zum 5. Oktober auch der fünfundsiebzigstündiger Ausschuß der Staatsangestellten von der Regierung Vorschläge für die Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtengehälter verlangt hat, wird am 4. und 5. Oktober die kritische Zeit sein, in der die Entscheidung fällt, ob es in Oesterreich zum Kampf zwischen Staatsbeamten und Regierung kommt. Der Vollzugsausschuß der Telegraphenangehörigen hält am Dienstag eine Sitzung ab, um die zu ergreifenden Maßnahmen zu erörtern.

„Die Einheit“ in Holland.

Dem Niederländischen Gewerkschaftsbund ist ein vertrauliches Rundschreiben der holländischen Kommunistischen Partei in die Hände gekommen, in dem alle kommunistischen Gewerkschaftsangehörigen aufgefordert werden, sich so eng wie möglich um das von den Genossen Fimmen und Schmidt herausgegebene Organ „Die Einheit“ zu scharen. Wo bereits „Einheits“-Ausschüsse beständen, sollten die Kommunisten sich anschließen; andernfalls hätten sie dazu beizutragen, diese vorzubereiten. Im übrigen soll möglichst auf die Verbreitung dieses Blattes hingearbeitet werden.

Der Niederländische Gewerkschaftsbund erklärt dazu, daß die Kommunisten bei ihren Bestrebungen, Zellen in den Gewerkschaften zu bauen, sich des Organs von Fimmen und Schmidt als Deckmantel bedienen wollten. Dadurch würde jeder, der für dieses Organ Propaganda macht, zum Werkzeug der kommunistischen Partei. Unter diesen Umständen müßten Fimmen und Schmidt sich ernstlich fragen, ob sie ihr Blatt weiter erscheinen lassen könnten. Bisher habe man sie als linksstehende Sozialisten, aber nicht als Werkzeuge der Kommunisten betrachtet. Wenn sie sich jetzt rehabilitieren wollten, gebe es nur einen Weg, die Einstellung des Blattes.

Die englische Bergwerkskrise.

Von der Regierung nichts zu erwarten.

London, 28. September. (W.Z.) In den Wandelgängen des Unterhauses kommt die Meinung zum Ausdruck, daß die heutige Debatte zu einer Lösung des Konflikts im Kohlenbergbau kaum beitragen wird. Churchills Rede wird viel besprochen. Es wird erklärt, daß dieser die Absicht habe, die Grubenbesitzer zu eruchen, ihre ablehnende Haltung gegen eine Beteiligung an einer Konferenz aufzugeben.

Vergeblliche Unterredungen.

London, 28. September. (W.Z.) Nach Churchills Rede im Unterhaus hatte der Sekretär des Bergarbeiterverbandes Cook zwei Unterredungen mit dem Schaffkanzler. Den Vätern zufolge ist aber dabei kein Fortschritt erzielt worden.

Das nationale Schiedsgericht.

London, 28. September. (W.Z.) In Besprechung der gestrigen Unterhausdebatten haben die Blätter Churchills Erklärung hervor, daß der von der Regierung vorgeschlagene nationale Schiedsgerichtshof nicht nur für die Löhne, sondern auch für die Arbeitszeit der Bergleute zuständig sein würde. „Daily News“ zufolge hat diese Mitteilung zusammen mit dem verständlichen Ton der Rede des Schaffkanzlers einen günstigen Eindruck gemacht. Man erwarte, daß die morgige Delegiertenkonferenz die Lage im Lichte dieser neuen Entwicklung prüfen werde.

Das Oberhaus verlängert das Ausnahmegesetz.

London, 28. September. (W.Z.) Nach kurzer Debatte, in der die der Arbeiterpartei angehörenden Mitglieder des Oberhauses die Haltung der Regierung angriffen, während sie der Lordkanzler verteidigte, wurde eine Entschließung angenommen, durch die die Regierung ermächtigt wird, die Ausnahmebestimmungen weiter in Kraft zu lassen. Darauf vertagte sich das Oberhaus.

Wirtschaft

Ausfluß der Öffentlichkeit.

Familiengesellschaften veröffentlichen keine Geschäftsberichte.

Die Automobilwerke H. Büssing u. Co., Braunschweig, hat im „Reichsanzeiger“ eine Bilanz veröffentlicht, aus der so gut wie nichts zu entnehmen ist. Es ist bekannt, daß für die Produkte der Firma Büssing (Motorlastwagen, Omnibusse, Motorsprengwagen usw.) Kommunen und öffentliche Verkehrsbetriebe die Hauptkäufer sind. So sind noch aus den letzten Monaten erhebliche Kommunalaufträge gemeldet worden. Die Firma beschäftigt in Braunschweig eine große Belegschaft.

Das öffentliche Interesse an dem privatwirtschaftlichen Erfolg der Firma, an Auftrags-, Umsatz- und Gewinnentwicklung liegt auf der Hand. Dazu kommt die symptomatische Bedeutung, die die Geschäftsberichte jeder größeren Autofirma für die Lage der ganzen Industrie haben. Wir boten die Firma aus diesen Gründen um die Ueberlassung eines Geschäftsberichts. Das Ergebnis war negativ, mit der Begründung, daß die Geschäftsberichte nicht gedruckt würden, weil die Aktien der Gesellschaft Familienbesitz seien. Damit bleiben die mageren Zahlen im „Reichsanzeiger“ das einzige, was die Öffentlichkeit über die Büssing u. Co. erfahren darf. Juristisch ist alles in der Ordnung; denn zu mehr als zur Veröffentlichung der Bilanz im „Reichsanzeiger“ ist die Gesellschaft nicht verpflichtet. Aber es ist doch ein Mißstand schwerster Art, der Fall Büssing ist nur einer für tausend, daß der Allgemeinheit jede Information vorenthalten, jeder Einblick verwehrt wird, obwohl man von ihren Aufträgen lebt. Und man lebt gut von diesen Aufträgen, wie selbst die wenigen Zahlen der „Reichsanzeiger“-Bilanz erkennen lassen: Obwohl das Aktienkapital nur 5 Millionen beträgt, wurde nach Abzug aller Kosten ein Ueberschuß von 1,95 Millionen erzielt; und wenn man nicht die exorbitante Abschreibung von 1,67 Millionen auf 3,89 Millionen Anlagenwert vorgenommen hätte, wären nicht 5, sondern 25 bis 30 Proz. Dividende auszuscheiden gewesen.

Die außerordentlich großen Gewinne machen nun die Schwermut der Firma, an der übrigens das Haus Stinnes in seiner guten Zeit beteiligt war, begreiflich. Vielleicht könnten sich aber unsere Gemeinden und öffentlichen Verkehrsunternehmungen einmal überlegen, ob sie solchen Familiengesellschaften, die wie Büssing sehr große Gewinne machen und dann verschleiern, nicht dadurch zugunsten der Öffentlichkeit die Zunge lösen könnten, daß sie die Auftragsvergebung von der Erfüllung ihrer moralischen Publizitätspflicht stärker abhängig machen als bisher. Wir glauben, daß ein einziger mit dieser Begründung vorenthaltener Auftrag Wunder wirken würde.

Die Goldkäufe der Bank von Frankreich. Genau wie bei uns als die Reichsbank während des Krieges bemüht war, ihre Goldvorräte zu stärken — geht jetzt die französische Zentralnotenbank dazu über, Gold- und Silbermünzen anzukaufen. Die Kurse liegen jedoch so weit unter dem Tageskurs der fremden Devisen, daß die Aktion nicht allzuviel Erfolg haben dürfte. Für ein 20-Franc-Stück werden nach dem jetzt veröffentlichten Dretre 114,75 Papierfrank gezahlt. Wenn es auch zutreffen mag, daß nach dem Feingoldgehalt der Devisenkurs berücksichtigt worden ist, so haben die Goldbesitzer doch trotzdem nur einen geringen Anreiz zur Abgabe, weil ja bekanntlich die Goldmünzen bei Währungsschwankungen die „Valuta des kleinen Mannes“ sind, der mit ihrem Besitz die Kaufkraft des Geldes aufrechtzuerhalten sucht. Die Hoffnung, daß man durch den Ankauf etwa eine Milliarde Goldmünzen aus dem Verkehr zieht und der Deckungsreserve zuführt, ist demnach mindestens verfrüht, wenn nicht verfehlt.

Genossenschaften für den polnischen Holzexport. Auf Initiative der polnischen Regierung werden Genossenschaften speziell für den Holzexport gebildet werden; zu diesen werden bedeutende Holzfirmen gehören, die durch den Zusammenschluß zu Genossenschaften beim Exportgeschäft größere Unterstützung der öffentlichen Stellen zu erwarten können. Die Bank der Landeswirtschaft soll bei gleichzeitiger Unterstützung der Bank Polska den Genossenschaften für den Holzexport Kredite bis zur Höhe von 25 Millionen Zloty gewähren können.

Kunstledenausfuhr nach den Vereinigten Staaten. Die deutsche Kunstledenausfuhr nach den Vereinigten Staaten hat in den letzten Jahren eine zunehmende Steigerung erfahren. Sie betrug z. B. in den ersten sieben Monaten 1926 1591 770 gegen 550 676 englische Pfund im Jahre 1925 und 135 592 englische Pfund in den ersten sieben Monaten 1924. Deutschland steht im laufenden Jahre an erster Stelle als Kunstledenlieferant, dann folgen Italien und Niederlande. Noch 1925 stand Deutschland hinter Italien und 1924 hinter Holland, England und Belgien.

Aus der Partei.

Ein Bezirksparteitag in Chemnitz, der am Sonntag logte, stellte die Kandidatenlisten für seinen Bezirk auf. Als Spitzenkandidat wurde Genosse Böschel, Redakteur der „Chemnitzer Volksstimme“, nominiert. Die Frauenkandidatur an sicherer Stelle wurde mit der Genossin Schlag besetzt. Nach den Vorschlägen der einzelnen Unterbezirke wurden ferner als Kandidaten an aussichtsreiche Stelle gewählt: die Genossen Gerlach und Siegnoth für den 16. Unterbezirk (Genosse Fellisch blieb als dritter Kandidat in der Rinderheit), Wilde-Glauchau für den 17. und die Genossen Ullig-Jelenau und Lehner Rob. Müller-Chemnitz für den 15., 20. und 21. Unterbezirk. Die endgültige Feststellung der Reihenfolge wurde dem Bezirksvorstand übertragen.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiger; Wirtschaft: Kurt Ostermann; Genossenschaftswesen: J. Glöckner; Redaktion: Dr. John Schlimm; Fotos: und Genossen: Erik Karsholt; Anzeigen: H. Glöckner; Schriftlich in Berlin. Verlag: Hermann-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlag-Druckerei und Verlagsbuchhandlung Carl Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Allerlei Natur-Butter 1.80
II. Qualität. 1.60
III. 1.30
Wagner, Berlin SO
Marianenstr. 34.

Zuckerkrankhe

Fragen Sie Ihren Arzt üb. A. Slegers Antidiabeticum und verlangen Sie kostenlos diesbezügliche hochinteressante Schriften durch Fr. Löw, Walldorf B 37 (Hessen)

Berliner Elektriker Genossenschaft

angeschl. dem Verb. soz. Baubetriebe
Berlin N. 24, Eisäcker Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 6525, 6526
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4, Tel.: Pfalzburg 9631
Ausstellungsräume und Lager:
Alexanderstraße 29-40 (Alexander
Passage), Telefon: Königstadt 540
Herstellung elektr. Licht-,
Kraft- und Signalanlagen. Verkauf
aller elektr. Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

la. Eiderfettkäse

3 Pf. M. 6. — frko.
Dampfseifabrik
Rendsburg.

100 MARK

Quittungs-, Rabat- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. gesch. fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität

Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig

Mieten Sie von uns

in 6 Monaten Ihr Eigentum

Max verlangen sondern Prospekt!

Beleuchtung Körper jeder Art
Körper jeder Art
Eis-Schränke
Wasch-Tische
Staub-Sauger
Gasherde
Gas-Kocher
Brot-u. Backöfen

W. Raddatz & Co.
Berlin W 66
Leipzigerstrasse 122/123

Albert Springare

Großgarage und Tankstelle
Tag und Nacht geöffnet
Auto-Reparatur-Werkstatt
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4375
Lohringer Str. 107, Ecke Linien-
straße 14, am Prenzlauer Tor.

Wolff Hoffmann

Episoden und Zwischenrufe

aus der Parlaments- und Ministerzeit.

Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.

Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

Betten

Deckbetten	12.-	24.-	41.-	55.-
Unterbetten	10.-	18.-	32.-	43.-
Kopfkissen	4.-	7.-	12.-	19.-
Steppdecken	13.-	18.-	26.-	36.-
Dauendecken	48.-	60.-	96.-	95.-
Metallbetten	18.-	22.-	27.-	32.-
Stlg. Matr. u. Kellik.	18.-	18.-	24.-	28.-

Bettenhaus A. Schonert

Oranienstraße 12 — Eckhaus Heinrichplatz

Photoapparate, Feldstecher

kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98